Signatur:	2025.SR.0150
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Mehmet Özdemir (SP), Laura Brechbühler (SP), Barbara Keller (SP), Michael Ruefer (GFL)
Mitunterzeichnende:	Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Dominic Nellen, Bernadette Häfliger, Judith Schenk, Monique Iseli, Valentina Achermann, Helin Genis, Shasime Osmani, Dominique Hodel, Chandru Somasundaram, Nadine Aebischer, Lena Allenspach, Laura Binz, Cemal Özçelik, Shasime Osmani, Fuat Köçer, Lukas Schnyder, Lukas Wegmüller
Einreichedatum:	08. Mai 2025

Postulat: Öffentliche Aufenthaltsräume sicherstellen; Annahme

Prüfauftrag:
Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

- Es ist zu prüfen, wie hoch der Bedarf für niederschwellige Aufenthaltsmöglichkeiten in der Stadt Bern und Region Bern ist, analog jenem in der Postgasse. Für den Aufenthaltsraum an der Postgasse ist ein neuer Raum in der Innenstadt zu suchen, der spätestens ab Frühling 2026 bezogen werden kann.
- Es ist zu prüfen, wie dieser Bedarf durch die Stadt und die Nachbargemeinden gedeckt werden kann. Sei es, indem die notwendige Infrastruktur in Eigenleistung oder durch Zusammenarbeit mit privaten philanthropischen Organisationen sichergestellt werden kann.

Begründung:
Mit der Kündigung des Aufenthaltsraumes an der Postgasse durch die Burgergemeinde Bern (siehe Artikel in der Berner Zeitung: https://www.bernerzeitung.ch/burgergemeinde-bern-kuendint-aufenthaltsraum-fuer-obdachlose-716645244881) verschärft sich die prekäre Lebenssituation vieler Menschen ohne festen Wohnsitz, aber auch von Personen mit psychosozialen Belastungen und/oder finanziellen Schwierigkeiten. Der Vertrag wurde per Frühling 2026 gekündigt.

Die Stadt hat hier eine Verantwortung gegenüber all ihren Bürger*innen, insbesondere gegenüber denen in besonders belastenden Lebenslagen. Es ist die Aufgabe der Stadt, diese Menschen aktiv zu unterstützen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Das Sicherstellen von niederschwellig zugänglichen Aufenthaltsräumen ohne Konsumpflicht ist ein essenzielles Element eines sozialen Netzes, das den betroffenen Personen eine gewisse Sicherheit und Stabilität im Alltag bietet. Solche Angebote ermöglichen den Menschen nicht nur einen sicheren Ort zum Ausruhen und Warten, sondern auch eine Perspektive für die soziale Teilhabe. Zudem kann das Angebot durch städtische Sozialarbeit ergänzt werden, um die psychosoziale Gesundheit der betroffenen Personen zu fördern. Durch die gezielte Unterstützung in Form von Beratung, Vernetzung und konkreten Hilfsangeboten könnte der Schritt in ein stabileres Leben erleichtert werden. Ergänzend dazu könnte die Stadt auch eine kostengünstige Verpflegung, etwa in Form von Birchermüsli, Rohkost und Früchten, anbieten. Dies würde nicht nur zur physischen Gesundheit beitragen, sondern auch das Wohlbefinden und die soziale Integration fördern.

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 5. November 2025

Der Gemeinderat